

Briand's Memorandum

Autor(en): **Gygax, Paul**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): - **(1930)**

Heft 7

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-760148>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Briand's Memorandum

von Paul Gygax

Der französische Außenminister hat sich Zeit gelassen zur Begründung der im Jahre 1929 gemachten Anregungen für die Schaffung einer wirtschaftlichen Kooperation unter den europäischen Staaten. Damals stellte er in den vagen Andeutungen das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund. « Ich denke, » so erklärte er wörtlich, « daß zwischen Völkern, die geographisch so gruppiert sind wie die Nationen Europas, , une sorte de lien fédéral ' bestehen sollte. Natürlich muß diese neue association sich in erster Linie wirtschaftlich auswirken, denn hier ist die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses am dringendsten. » Das Memorandum¹⁾ stellt jedoch die politischen Fragen in den Vordergrund, während die wirtschaftlichen Probleme erst im 4. Abschnitt der Denkschrift zur Erwähnung kommen. Im Abschnitt III ist allerdings bereits von der Auffassung der Wirtschaftsorganisation Europas die Rede als einem Wege zu folgendem wesentlichem Ziele: « Eine Annäherung der europäischen Einzelwirtschaften, die unter der politischen Verantwortung der solidarischen Regierungen erzielt würde. Zu diesem Zwecke könnten die Regierungen selber endgültig das Ziel feststellen, das sie sich als ideales Endziel ihrer Zollpolitik setzen wollen (Gründung eines gemeinsamen Marktes zum Zwecke der Steigerung der menschlichen Wohlfahrt auf dem Gesamtgebiet der europäischen Gemeinschaft). Da würde sich unmittelbar das Streben nach einer rationalen Organisation der Produktion und des Warenaustausches in Europa anschließen, vermittelt der fortschreitenden Befreiung und der methodischen Vereinfachung des Austausches der Güter, des Kapitals und der Personen, unter dem einzigen Vorbehalt der Ansprüche, die sich aus der Nationalverteidigung jedes Staates ergeben. » Der klare Sinn dieser Sätze ist nicht leicht zu erfassen. Zwei Gründe sollen seinerzeit Briand die Veranlassung zu der Anregung gegeben haben: die Furcht vor der amerikanischen Konkurrenz und dem Bolschewismus. Welche neuen Gründe bis zur Herausgabe des Memorandums hinzugetreten sind, entzieht sich wohl der Kenntnis der Außenstehenden. Das Briand'sche Doku-

¹⁾ Abgedruckt im *Temps* vom 19. Mai 1930 und in der Übersetzung erschienen in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 20. Mai 1930.

ment wirkte nach Form und Inhalt etwas enttäuschend. Es spiegelt sich darin weder die Klarheit des französischen Geistes noch die dem Verfasser eigentümliche Geschicklichkeit, auch schwierigste Probleme auf eine einfache Formel zu bringen. Man ist überrascht über den Mangel an präziser Darstellung sowohl als von dem Aufbau und der stofflichen Anordnung. Vollends überrascht aber, daß die Grenzen dieser europäischen Bundesgemeinschaft (Union fédérale européenne) gegenüber dem Völkerbund so mangelhaft abgesteckt sind.

Die Idee Briands hat ihre Vorläufer. In der Assemblée législative des Jahres 1848 erklärte Victor Hugo: « Le peuple français a posé dans un granit indestructible au milieu du vieux continent monarchique la première assise de cet immense édifice qui s'appellera un jour les Etats-Unis d'Europe. » James Fazy, der Führer des genferischen Radikalismus des Jahres 1846, begeisterte sich an dem Gedanken der « Vereinigten Staaten Europas ». Bevor Briand seine Gedanken über die Politik der wirtschaftlichen Kooperation näher ausführte, sind eine Anzahl, zum Teil bemerkenswerte Äußerungen dazu gemacht worden. So erblickte Elemer Hantos, a. Staatssekretär und Professor an der Universität Budapest, einer der namhaften Schriftsteller die sich mit den wirtschaftlichen Völkerbundsproblemen abgegeben haben, drei Möglichkeiten um die wirtschaftliche Kooperation zu erreichen: eine europäische Zollunion, eine Transportunion und die Organisation verschiedener Zweige der Produktion in europäischen Kartellen und Syndikaten.¹⁾

Eine Art Kommentar zum Briand'schen Memorandum bildet eine Aufsatzreihe in der von Henry de Jouvenel herausgegebenen *Revue des Vivants*. Ein anonym, mit dem Problem offenbar wohlvertrauter Verfasser, stellt politisch-wirtschaftliche Betrachtungen an – namentlich wirtschaftliche, die, obwohl sie manchmal einer präzisen Formulierung ermangeln, doch eine ansprechende Würdigung des Memorandums darstellen. Der erste Aufsatz im Mai-Heft 1930 ist eine eigentümliche Mischung von konkreten, zum Teil bemerkenswert gewandt formulierten Tatsachen und doktrinären, vollständig abseits liegenden Ideen, die mit einem unverzeihlichen Dilettantismus hingeworfen werden. So spielt der Autor des Artikels mit dem Gedanken einer europäischen Staatsbank (Seite 672): « Elle aurait à jouer un rôle de premier plan dans la période , Sturm und Drang ' de l'économie européenne consécutive à l'introduction de l'union douanière. » Eine weitere Bank wäre zu schaffen zum Zwecke der Vereinheitlichung des Münzwesens,

eine « Banque internationale européenne » (Seite 676). Der anonyme Verfasser spricht dann einer Bankenkonzentration großen Stils das Wort; er erwähnt dabei die Fusion zwischen der Diskonto-Gesellschaft und der Deutschen Bank Berlin.

Das Memorandum strebt die Verwirklichung des Programms der Genfer Weltwirtschaftskonferenz des Jahres 1927 an. Darin liegt nun ein großes und bemerkenswertes Bekenntnis. Die Verhandlungen, Resolutionen und « Empfehlungen » der Genfer Weltwirtschaftskonferenz¹⁾ förderten Erkenntnisse zutage, auf denen man in der Zukunft aufbauen muß, wenn etwas Durchgreifendes geschehen soll. Die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Annäherung²⁾ wurden angedeutet in dem Gutachten an den Völkerbund von Professor Eugen Großmann³⁾ in Zürich.

Im allgemeinen Teil wird die Frage der Zollunion in der folgenden Weise gestreift: « La politique d'union européenne à laquelle doit tendre aujourd'hui la recherche d'un premier lien de solidarité entre gouvernements d'Europe implique, en effet, une conception absolument contraire à celle qui a pu déterminer jadis, en Europe, la formation d'unions douanières tendant à abolir les douanes intérieures pour élever aux limites de la communauté une barrière plus rigoureuse, c'est-à-dire à constituer en fait un instrument de lutte contre les États situés en dehors de ces unions. Une pareille conception serait incompatible avec les principes de la Société des nations, étroitement attachée à la notion d'universalité qui demeure son but et sa fin alors même qu'elle poursuit ou favorise des réalisations partielles. » Eine Zollunion würde in verschiedenen europäischen Ländern, so auch in der Schweiz, auf Widerstand stoßen. Wir verstehen unter einer Zollunion die völlige Vereinigung zweier oder mehrerer zollpolitisch selbständiger Territorien zu einem einzigen Zollgebiete, dem Ausland gegenüber, unter Aufhebung aller Zwischenzollgrenzen im Innern auf der Grundlage des inneren Freihandels. Bereits vor dem Erscheinen des Briand'schen Memorandums äußerten sich namhafte französische Volkswirtschaftler skeptisch

¹⁾ Arthur Feiler: *Neue Weltwirtschaft; die Lehre von Genf*, Frankfurt 1927.

²⁾ Une certaine coopération avec les États sera nécessaire pour éviter que, par le moyen de droits de douane excessifs, certains d'entre eux – surtout ceux dont l'importation excède l'exportation – cherchent à se procurer de grandes recettes au détriment des industries d'autres pays. (Seite 37).

³⁾ *Systèmes de Rapprochement économique*, Genf 1926 (Publikationen des Völkerbundes). In den *Wirtschaftspolitischen Strömungen der Gegenwart* findet sich bei Charlotte Lorenz (Verlag Duncker & Humblot, München 1928) eine übersichtliche Darstellung.

zum Gedanken einer Zollunion. So schrieb Claude Gignoux,¹⁾ der Abgeordnete und Handelspolitiker, Redakteur der *Journée industrielle* u. a. von den mannigfachen Risiken die sich ergeben würden. Die Zerstörung des Gleichgewichtes in den ökonomischen Systemen würde den besser situierten Staaten besondere Privilegien gewähren.

Das Kartellproblem, das heute eine so gewaltige Bedeutung hat, wird im Absatz 4 Ziffer 1 mit einem Satz erwähnt: « Überwachung der Politik der industriellen Vereinigungen und Kartelle zwischen verschiedenen Ländern ». Es ist nicht unwahrscheinlich, daß eine von Briand geplante europäische Bundesgemeinschaft mit mehr Erfolg gegen die Ausschreitungen der Kartelle und industriellen Gemeinschaften auftreten könnte, als die einzelnen Länder heute, wenn sie diesen, zum Teil internationalen Riesengebilden allein gegenüberstehen. Internationale Kartelle sind nur in Produktionen derjenigen Länder geschaffen worden, die eine ziemlich gleichmäßige Entwicklung erwarten ließen.

*

Die Schweiz nimmt gegenüber dem Projekt Briand keine prinzipiell ablehnende Haltung ein²⁾, aber sie möchte ihre Stellung nach den besonderen Verhältnissen einrichten. Unser Land hätte nur dann ein Interesse mitzumachen, wenn die « Union fédérale européenne » eine Gründung ohne politische Hintergedanken ist und mit legitimen Mitteln eine wirtschaftliche Neuorientierung der Welt anstrebt. Für unser Land kommen im wesentlichen nur die wirtschaftspolitischen Postulate des Memorandums in Betracht. Darunter hat es mehrere, denen wir ohne weiteres zustimmen könnten; so der Überwachung der internationalen Kartelle, der Verwirklichung einer Zusammenarbeit zwischen den großen öffentlichen Arbeiten, die von den europäischen Staaten ausgeführt werden (Automobilstraßen, Kanäle usw.), der Ver-

¹⁾ *Revue Hebdomadaire* 2. November 1929 (Un Fédéralisme européen). In der Pariser *Information* (21. Juni 1930) glaubt Professor Truchy, Mitglied des « Institut de France », daß die Grundlage einer dauerhaften Zollverständigung die politische Verständigung sei. « L'union douanière devra d'abord prendre la forme d'une entente ou d'ententes multiples, par le moyen desquelles les Etats simplifieront peu à peu les formalités douanières et abaisseront progressivement les tarifs ». Zusammenfassend über die Zollunionsidee und ihre Wandlungen orientiert Dr. J. Pentmann in den *Problemen der Weltwirtschaft*, herausgegeben von Professor Harms, Kiel (Fischer, Jena 1917). Der frühere Transportminister Le Trocquer erklärte, daß die Zolltarife vor allem dazu dienen sollen, den Unterschied auszugleichen der zwischen den Erstellungspreisen eines Landes und denjenigen des Auslandes, besteht infolge der Ungleichheiten und Verschiedenheiten der geographischen oder ökonomischen Bedingungen.

²⁾ Vergl. die Rede von Bundesrat Motta im Nationalrat vom 24. Juni.

besserung des Durchgangsverkehrs und des innereuropäischen Güterumlaufes, der Verständigung der Eisenbahnverwaltungen und auch auf dem Gebiete des übrigen Verkehrs. Die Postulate, welche die Hygiene betreffen, die Zusammenarbeit und die interparlamentarische Berichterstattung, würden in der Schweiz wohl keine Opposition finden. In der eigentlichen Kernfrage, der Zollfrage, dürften aber unsere Wege auseinandergehen.

Das Memorandum fand bisher eher eine kühle Aufnahme namentlich in England; aber die Stimmung kann sich noch zugunsten des Herrn Briand verbessern, namentlich dann, wenn die gegenwärtige, immer beängstigendere Weltwirtschaftskrise weiter um sich greift, die Absatzschwierigkeiten sich vermehren und die Auswirkungen des zollpolitischen Verhaltens Amerikas schärfer in die Erscheinung treten. Die Antworten der von Briand angefragten Regierungen – es wurde ein sehr kurzer Termin (15. Juli) zur Beantwortung gesetzt – werden sicherlich dazu beitragen, das bisher etwas nebelhaft dargelegte Problem weiter zu klären und auch die Berührungspunkte mit dem Völkerbund festzustellen. Die Stellungnahme Englands und Deutschlands werden den Gedanken dieser europäischen Bundesgemeinschaft entscheidend beeinflussen; die amerikanische Schutzzollpolitik trägt dazu bei, die Briandschen Anregungen vorurteilsfreier aufzunehmen und hinter ihnen nicht in erster Linie französische Hegemoniepläne zu erblicken. In Deutschland ist die Stimmung in den letzten Wochen offensichtlich besser geworden.¹⁾

¹⁾ Das *Berliner Tageblatt* vom 21. Juni 1930 bemerkt: «Zum ersten Male seit langer Zeit ist der Regierung des Deutschen Reichs die Gelegenheit geboten, als ein mächtiger Faktor an der Gestaltung eines friedlichen Europa wieder mitzuwirken, nicht durch höfliche Phrasen, die zu nichts verpflichten, sondern durch ein offenes Bekenntnis und eine klare Tat. Es läßt sich manches für die Auffassung sagen, daß Deutschland, besonders in finanzieller Beziehung, vorläufig noch zu unfrei ist, um sich in gewagte politische Spekulationen einzulassen. Aber die größte Vorsicht ist in der Diplomatie nicht immer die beste Tapferkeit. Das entwaffnete Deutschland hat die Wahl, ob es abwartend – argwöhnisch und beargwohnt – beiseite stehen will, oder ob es versuchen soll, durch eine loyale Definition seiner friedlichen Wünsche seine Bereitschaft zur Mitarbeit zu zeigen.»